

gration von Superintendent Jakubenas nach Deutschland und der zunächst verweigerten Erlaubnis eine Synode abzuhalten, blieb die Reformierte Kirche Litauens bis 1957 ohne geistliches Oberhaupt. Der Schwerpunkt des litauisch-reformierten Kirchenlebens hatte sich zu diesem Zeitpunkt längst in die USA verlagert.

Doch im Unterschied zu den litauischen Lutheranern, die in den USA eine eigenständige Exil-Kirche gegründet hatten, hielten die Reformierten zum Mißfallen der sowjetischen Machthaber am „Prinzip der einen Kirche“ mit einem Kollegium fest. Dieses fand nach dem Zweiten Weltkrieg in Chicago seine neue Heimat. Da den in Litauen verbliebenen reformierten Gemeinden der offizielle Kontakt mit ihrer Kirchenleitung in Amerika nicht möglich war, hatte man sich bereits auf der 1. Synode (1957) auf die Bildung eines eigenen Konsistoriums verständigt. Kirchenintern blieb das Gremium in Biržai dem Kollegium in den USA unterstellt. Erst mit der Wiederherstellung der litauischen Unabhängigkeit im Sommer 1991 wurde die Kirchenleitung nach Litauen zurückverlegt. Nach dem Tod von Superintendent *Povilas Dilys* (Chicago) Anfang 1996 fehlt den litauischen Reformierten jedoch weltweit ein kirchliches Oberhaupt.

Neben neo-protestantischen Gruppierungen aus Skandinavien, die sich mit unterschiedlichem Erfolg um Gemeinde-neugründungen bemühen, sind als kleinere christliche Kirchen in Litauen noch Pfingstler, Baptisten und Adventisten präsent. Von den 250 000 litauischen *Juden* (1939) haben nur sechs Prozent den Holocaust überlebt. Ihr Zentrum war Vilnius („Litauisches Jerusalem“), wo sich ihr Bevölkerungsanteil 1917 auf 43 Prozent belief. Heute leben in Litauen noch 12 000 Juden, und es existieren zwei Synagogen.

Eine eigene Gemeinde bilden die knapp 400 *Karäer* in Trakai und Panėvėžys. Sie stützen sich lediglich auf das Alte Testament und lehnen die rabbinische Tradition des Judentums (Talmud) ab. Zusammen mit einigen Tataren, deren Nachfahren den vier *islamischen Gemeinden* Litauens angehören, ließ der litauische Großfürst Vytautas die Karäer gegen Ende des 14. Jahrhunderts von der Halbinsel Krim als Palastwache an seinen Hof in Trakai holen. 1989 führte in Trakai ein erster Kongreß der Karäer, an dem Delegierte aus Litauen, Polen und der Krim teilnahmen, zur Gründung mehrerer karäischer Kulturgesellschaften, von denen sich die kleine Religionsgemeinschaft wichtige Impulse für ihren Überlebenskampf erhofft.

Stephan Lipsius

## Kurzinformationen

### Meinungsverschiedenheit über geplanten ökumenischen Kirchentag

Zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem *Zentralkomitee der deutschen Katholiken* (ZdK) bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den gemeinsam vom *Deutschen Evangelischen Kirchentag* (DEKT) und dem ZdK für die Zeit zwischen den Jahren 2002 und 2004 geplanten ökumenischen Kirchentag (vgl. HK, Januar 1997, 6f.). Nach einer Sitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz unterrichtete deren Vorsitzender, Bischof *Karl Lehmann*, das ZdK in einem Brief von Mitte Dezember an dessen Präsidentin *Rita Waschbüsch* von Bedenken aus den Reihen der Bischofskonferenz in bezug auf das Treffen. Im Mittelpunkt der Bedenken steht der geäußerte Wunsch nach Abendmahlsgemeinschaft, nicht der generelle Wunsch nach intensiverer ökumeni-

scher Gemeinschaft und Zusammenarbeit. Auf der Sitzung der *Gemeinsamen Konferenz* von ZdK und Bischofskonferenz waren die Bischöfe vom ZdK über die bereits erfolgte Einigung mit der evangelischen Seite informiert worden, ohne daß es zu einer eigentlichen Debatte gekommen wäre. Hoch gingen die Wogen dann jedoch beim Ständigen Rat. Nach den Worten von Bischof Lehmann befürchteten die Bischöfe, daß im Verlauf der geplanten Großveranstaltung „gegen den Willen der Präsidien“ – von ZdK und DEKT – „eine Praxis der Abendmahlsgemeinschaft aufkommen könnte, die theologisch nicht verantwortet werden kann“ und weit über das hinausgehe, was „gemeinsam zu tun möglich ist“ – mit dem letzten Zitat nimmt Bischof Lehmann eine Formulierung aus der Vereinbarung zwischen ZdK und DEKT auf. Die Bischöfe bemängeln auch, daß es im Vorfeld der Einigung mit der evangelischen Seite „wegen der erheblichen pastoralen Implikationen“ nicht zu ei-

ner intensiveren gemeinsamen Erörterung des Themas gekommen ist. In ihrer Antwort weist Rita Waschbüsch darauf hin, daß man im Rahmen der Gemeinsamen Konferenz schon zu früheren Zeitpunkten um eine Meinungsbildung zu einem ökumenischen Kirchentag gebeten habe. Diese sei aber nicht zustande gekommen. Neben den Schwierigkeiten, die sich nun für die weitere Planung des ökumenischen Kirchentags auftun, werfen die Vorgänge auch ein bezeichnendes Licht auf den inneren Zustand der Gemeinsamen Konferenz von Bischofskonferenz und ZdK.

### Serbische Orthodoxie kritisiert Regierung

In die breite serbische Oppositionsfront, die sich ausgelöst durch die mittlerweile auch von einer OSZE-Kommission bestätigte Fälschung der Er-

gebnisse der Kommunalwahlen von Mitte November 1996 gegen das Regime Milošević formiert hat, reihte sich inzwischen auch der serbisch-orthodoxe Episkopat ein. Zum Jahreswechsel beklagte der Heilige Synod in einer Erklärung die Wahlfälschung, weitete dabei die Kritik an der Regierung und den Verantwortlichen des Staates jedoch noch stärker aus: Die Regierung habe das Volk an den Rand der Armut, den Staat an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Die Kirche verurteile schärfstens die Fälschung der Volksstimmen, die Erstickung der politischen und religiösen Freiheiten, beispielsweise die Verhinderung des Religionsunterrichts in den Schulen, die verweigerte Rückgabe und Konfiszierung kirchlichen Eigentums. Das Regime verrate die „ruhmvolle und mühevoll“ Geschichte, das Volksgedächtnis, geistige und nationale Werte und habe überdies verursacht, daß Serbien mit der ganzen Welt zerstritten sei. Die Bischöfe unterstreichen dabei, daß die Kirche diese Kritik und Verurteilung vornehme als jahrhundertlange Bewahrerin der Heiligtümer und Werte des Volkes. In seiner Botschaft zum Weihnachtsfest, das die serbisch-orthodoxe Kirche nach dem julianischen Kalender am 7. Januar feierte, forderte Patriarch Pavle, den freigeäußerten Willen des Volkes zu respektieren. Zugleich verurteilte er jede Gewalt und Willkür. Beobachter unterstrichen, die Bischöfe, die sich geschlossen hinter die Erklärung gestellt hatten, ständen unter großem Druck seitens der kirchlichen Basis. An den Protestkundgebungen in den Provinzstädten beteiligten sich auch viele Priester. Der Kritik der serbisch-orthodoxen Kirche hat sich dabei auch der katholische Erzbischof von Belgrad, Franc Perko, angeschlossen.

## Europäisches Taizé-Treffen in Stuttgart

Das 19. Europäische Jugendtreffen der ökumenischen Bruderschaft von Taizé fand vom 28. Dezember bis zum 1. Ja-

nuar in Stuttgart statt. Ein großer Teil der insgesamt 70000 angemeldeten Teilnehmern kamen nach Angaben der Gemeinschaft aus osteuropäischen Ländern: 18000 Polen, 4000 Balten, 2300 Kroaten, 1400 Rumänen und 1200 Ukrainer. Die von der Brüdergemeinschaft veranstalteten Treffen verstehen sich als Etappen auf dem von Taizé ausgehenden „Pilgerweg des Vertrauens auf der Erde“. Thematisch dominierten das Treffen Appelle und Überlegungen zur Versöhnung in Europa. Grundlage der Gespräche war ein Brief des Gründers und Priors von Taizé, Frère Roger Schutz, mit dem Titel „Vom Zweifel zu ungetrübter Gemeinschaft“ (Brief aus Taizé, Sonderausgabe 1997). Der zentrale Gedanke dieses Textes lautet: „In einer Welt, in der es gleichzeitig Licht und Dunkel gibt, leben Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder, die Boten des Lichts in der Menschheitsfamilie sind. Ihr einfaches Dasein schafft neue Voraussetzungen und strahlt auf ihre Umgebung aus, auch wenn sie es selbst nicht bemerken.“ Zur Situation Jugendlicher in Europa meinte Frère Roger in einem KNA-Interview (28. 12. 96): Bei Jugendlichen stoße man „überall in Europa auf Passivität und Entmutigung; der Mangel an Vertrauen in die Zukunft schlägt sich hier und da in gedrückter Stimmung nieder. Gleichwohl sind viele Jugendliche entschlossen, alles Erdenkliche zu tun, um die geistige Zerrüttung zu überwinden, die die junge Generation auf unserem Erdteil befällt. Diese Jugendlichen haben einen Sinn für das Gebet und die Quellen des Glaubens. Sie dürsten nach gemeinsamen Gebeten. Sie wissen, daß der Mensch nicht von der Verzweiflung leben kann.“ Die Teilnehmer des Treffens kamen in insgesamt 500 katholischen und evangelischen Kirchengemeinden im Raum Stuttgart sowie in den Messehallen auf dem Stuttgarter Killesberg zusammen. Die Brüdergemeinschaft wies darauf hin, daß zum ersten Mal bei einem Treffen in Westeuropa praktisch alle Gäste in Privatquartieren untergekommen oder in kleinen Gruppen in Gemeinden betreut worden seien.

## Ostafrikanische Bischöfe mahnen zur Versöhnung

„Die ethnozentrische Ideologie widerspricht dem Evangelium“ – so ein Kernsatz aus einer Botschaft, die bei einem *Treffen ostafrikanischer Bischöfe* in Nairobi vom 18. bis 21. Dezember 1996 verabschiedet wurde. An dem Treffen unter dem Vorsitz von Kardinal Roger Etchegaray, Präsident des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, nahmen die Bischöfe Ruandas und Burundis, einige Bischöfe aus Zaire sowie Vertreter der Bischofskonferenzen von Uganda und Tansania teil. In der Botschaft der Bischöfe aus der derzeitigen afrikanischen Krisenregion Nr. 1 heißt es, man müsse die Anstrengungen verdoppeln, um eine Kirche als Familie Gottes aufzubauen, in der alle Kinder in der gleichen Würde anerkannt und geachtet würden. Es brauche Programme zur Erziehung des Volkes Gottes zu seiner Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Die Kirche könne nur in dem Maß wirksames Werkzeug der Versöhnung sein, in dem sie selber versöhnte Kirche sei. Die Bischöfe appellieren in ihrer Botschaft an die politisch Verantwortlichen, die Leiden der Bevölkerung in der Krisenregion zu mildern. Die christlichen Gemeinden werden ermahnt, sich ihrer Pflicht zur Solidarität und zum Helfen bewußt zu sein. Eine dauerhafte Lösung für die menschlichen Dramen der Region werde es nur geben, wenn die *Rechtsstaatlichkeit* vorankomme. Weiter stellt die Botschaft fest: „Die prophetische Sendung der Kirche ist dringender denn je.“ Dazu gehöre zum einen die Absage an jede Verletzung der Menschenwürde, zum anderen die Verkündigung der Hoffnungsbotschaft des Evangeliums durch Bekanntmachung der Initiativen und positiven Erfahrung zugunsten von Menschen in Not-situationen. *Ökumenische Zusammenarbeit* könne das Zeugnis für das Evangelium wirksamer machen. Die Botschaft enthält die grundlegende Feststellung: Zwar sei die Unterschiedlichkeit der Ethnien der Reich-